

Regionale Aktionen

25.2.25 18.30  
Basel-Claraplatz

26.2.25 18.30  
Zürich - Helvetiaplatz



Nicht auf fremdes Eigentum kleben

**Stoppt den imperialistischen Krieg,  
stoppt den sozialen Krieg!**

**Kundgebung · Bundesplatz Bern · 29.3.2025 14 Uhr**

Komitee gegen Kriege, für dauerhaften Waffenstillstand und Frieden [schluss-mit-krieg.ch](https://schluss-mit-krieg.ch)

# **Sofortiger und dauerhaften Waffenstillstand in Gaza und der Ukraine! Für Frieden und internationale Solidarität!**

schluss-mit-krieg.ch – info@schluss-mit-krieg.ch

Am 24. Februar 2025 jährt sich der russische Einmarsch in die Ukraine zum dritten mal. Seit dem zweiten Weltkrieg war die Gefahr eines atomaren dritten Weltkrieges noch nie so gross. Täglich spitzt sich die Situation zwischen den Imperialisten zu. In der Ukraine, mit Russland, der Nato und EU, im Chinesischen Meer, oder mit dem Völkermord in Gaza, auch in Afrika toben viele barbarische Kriege um Rohstoffe und Neuaufteilung der Einflussphären, teils mit hunderttausenden Toten.

Auch die Schweizer Regierung treibt die Kriegsvorbereitung mit voran. Milliarden für die Kriegskassen des Militärs werden ohne Widerstand durch das Parlament gewinkt. Vor Schulen fahren Panzer auf, um schon die Kinder für ihren Krieg zu begeistern. Die Medien tun ihren Teil zur psychologischen Kriegsvorbereitung. Rüstungsexportverbote werden verbogen und über Drittländer abgewickelt (z.B. Leopard 2). Schweizer Waffen morden auf beiden Seiten mit und werden für Kriegsverbrechen verwendet! Die Schweizer Regierung führt uns direkt in den Krieg!

Die Schweiz als imperialistisches Land, mit ihren Konzernen wie Glencore, UBS, usw., hat ihr Mäntelchen der Neutralität fallen gelassen! Während sie in den zwei Weltkriegen keine Stellung bezogen hat, muss sie sich heute immer mehr in die Neuaufteilung der Welt einmischen, ob in der Ukraine, Palästina oder anderswo.

In vielen Ländern der Welt übernehmen faschistische Parteien im Dienste der Konzerne die Kriegsvorbereitung mit Nationalismus und Spaltung. In der Schweiz hat der Bundesrat noch nie so viel mit Notrecht und Verordnungen zum Nachteil der Bevölkerung regiert. Faschismus und Krieg sind zwei Seiten einer Medaille.

Die Regierungen und die Arbeitgeber führen einen Feldzug nach innen durch und zerschlagen soziale Errungenschaften. Verschlechterung der Renten, Erhöhung des Rentenalters, Teuerung, Krankenkassenprämien, Massenentlassungen, usw. Gleichzeitig erhöhen sie die Militärbudgets.

Es sind die Herrschenden, die den Krieg nach aussen und innen für ihre Profite und Absatzmärkte wollen! Egal ob in Russland, der Ukraine, den USA, Israel oder Palästina – für jeden Krieg soll das Volk seinen Kopf hinhalten. Dauerhafter Frieden kann nur von unten kommen; reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein! Es ist die Aufgabe aller Völker, ihren kriegstreibenden Regierungen Widerstand zu leisten! Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Der Kampf gegen den Imperialismus muss auch am Arbeitsplatz geführt werden. Es ist im Wesentlichen derselbe Kampf wie jener für Kaufkraft oder gegen Entlassungen.

## **Krieg bringt auf allen Seiten nur Verlierer!**

**Arbeiter\*innen schiessen nicht auf Arbeiter\*innen – egal aus welchem Land!**

**Arbeiter\*innen aller Länder, vereinigt euch!**

**Bauen wir gemeinsam eine internationale Einheitsfront gegen Faschismus und Krieg auf!**

### **Wir fordern**

- Für ein Ende der Völkerschlächtereien und des Völkermords in Gaza!
- Sofortiger Waffenstillstand in allen Kriegsgebieten! Abzug aller fremden Truppen!
- Schluss mit Rüstungsexporten!
- Schluss mit der Kriegsvorbereitung!
- Rücknahme des Militärbudgets!

### **Wir fordern vom Bundesrat**

- Dass er sich sofort für den sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand in Gaza und in der Ukraine einsetzt,
- Aufhebung der Sparmassnahmen zu Lasten der Bevölkerung, Aufhebung des Militärbudget,
- Dass er den sozialen Bedürfnissen von Arbeitnehmenden, Jugendlichen und Rentner\*innen und der gesamten Bevölkerung gerecht wird.
- Dass er den Forderungen der Gewerkschaften und Arbeiter\*innen in von Entlassungen betroffenen Betrieben ohne Kompromisse nachkommt.